

Cyber-Risk

Wie viel Staat braucht es?

GASTKOMMENTAR / von Lucius Dürr / 23.8.2017, 05:30 Uhr

Das derzeitige Bedrohungspotenzial durch Cyber-Risiken ist hoch. Wie lassen sich solche Risiken absichern?

Neben der Altersvorsorge 2020 und den Gesundheitskosten beeinflussen heute die Diskussionen über die Digitalisierung und die Cyber-Risk-Gesellschaft die Politik der Schweiz. Es ist kein Zufall, dass der Internationale Versicherungskongress von Ende Mai in Zürich durch das Thema Cyber-Risk geprägt wurde. Auch Verteidigungsminister Guy Parmelin äusserte sich dazu.

Das derzeitige Bedrohungspotenzial durch Cyber-Risiken ist hoch. Die durchschnittlichen jährlichen Kosten im Cyber-Risk-Bereich weltweit werden auf 450 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dies entspricht einem Vielfachen der Kosten infolge Naturkatastrophen weltweit, die 2015 bei rund 100 Millionen US-Dollar lagen und im langjährigen Durchschnitt etwa 200 Milliarden US-Dollar betragen. Allein in der Schweiz belaufen sich die jährlichen Kosten im Bereich Cyber-Risk auf bis zu 9,5 Milliarden Schweizerfranken.

Trotz dieser grossen Bedrohung ist das Gefahrenbewusstsein in der Schweiz noch ungenügend. Nur für 26 Prozent der Schweizer Unternehmen gehören die Cyber-Risiken zu den Top 5 der Unternehmensrisiken.

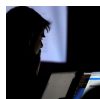
In Anbetracht dieses beträchtlichen Risikos stellt sich die Frage, welche Rolle der Staat im Umgang mit Cyber-Risiken übernehmen soll und welche der Privatsektor. Fünf Hauptpunkte stehen dabei im Vordergrund: Soll eine Meldepflicht bei Cyberangriffen bzw. -unfällen eingeführt werden? Müssen Unternehmungen oder gar Privathaushalte Mindeststandards im IT-Bereich einhalten? Braucht es ein Versicherungsobligatorium? Übernimmt der Staat einen Teil der Schäden bei Grossereignissen? Ist eine internationale Zusammenarbeit unabdingbar?

Verschiedene Staaten kennen Meldepflichten. In der Schweiz besteht die Möglichkeit, sich an die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) zu wenden. Dies genügt nicht. Zur stärkeren Sensibilisierung der Bevölkerung wie der Unternehmungen, zum Sammeln von genügend Daten, aber auch zu einer gewissen Abschreckung von Cyber-Kriminellen sollte eine Meldepflicht für Unternehmungen eingeführt werden, die allerdings klar definiert und auf das Notwendige beschränkt sein müsste.

Die Abwehr von Cyber-Risiken kann ohnehin nicht isoliert auf die Schweiz ausgerichtet werden.

Auch wenn derzeit nur eine Minderheit der Unternehmungen oder Privatpersonen gegen Schäden infolge Cyber-Risiken versichert ist, muss festgehalten werden, dass eine Versicherungslösung für Cyber-Risiken des «täglichen Lebens» ohne Probleme möglich ist. Eine Pflichtversicherung drängt sich in diesem Bereich nicht auf.

Hingegen ist es schwierig, Extremszenarien zu versichern. Bei Grossereignissen stellt sich die Frage der Versicherbarkeit bzw. der dazu notwendigen Versicherungskapazitäten. In diesem Bereich könnte also ohnehin nur eine beschränkte Versicherungspflicht eingeführt werden, wie man sie beispielsweise im Bereich der Atomkraftwerke kennt. Soll also der Bund selbst Schäden abgelten, wie er es bei der Ausarbeitung einer flächendeckenden Erdbebenversicherung in Aussicht stellte? Damals zeigte sich der Bund bereit, einen Betrag von 10 Milliarden Franken pro Ereignis zu übernehmen.



Leserdebate

Brauchen wir verschärfte Regeln zur Abwehr von Cyber-Risiken?

23.8.2017, 11:15

Die jüngsten Vorkommnisse in Londoner Spitälern haben gezeigt, dass deren technische Rahmenbedingungen im IT-Bereich ungenügend waren. Mindeststandards für Unternehmungen oder gar für Private könnten deshalb sinnvoll sein. Allerdings müssten diese prinzipienbasiert und international koordiniert sein sowie auf Best Practices beruhen. Die Abwehr von Cyber-Risiken kann ohnehin nicht isoliert auf die Schweiz ausgerichtet werden. Daten machen nicht an den Grenzen halt. Eine internationale Zusammenarbeit ist zwingend.

Der Bundesrat hat die neusten Entwicklungen und Bedrohungen im Bereich Cyber-Risk erkannt und die Überarbeitung der nationalen Cyberstrategie (Projekt NCS 2.0) initialisiert. Ohne den Ergebnissen vorzugreifen, ist es sinnvoll, über die hochpolitische Frage der Rolle des Staates im Cyber-Risk-Bereich bereits jetzt zu diskutieren.

Lucius Dürr ist Senior Advisor beim Schweizerischen Versicherungsverband (SVV).



Big Data und Stellenbewerbung

Was liegt für Arbeitgeber näher, als im Internet die Bewerber zu googeln? Doch es gibt Grenzen.

von Thomas Geiser und Ursula Uttinger / 13.7.2017, 11:20

Newsletter NZZ am Abend

Erfahren Sie, was heute wichtig war, noch wichtig ist oder wird! Der kompakte Überblick am Abend, dazu Lese-Empfehlungen aus der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)